

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 27 (1948)
Heft: 11

Rubrik: Kleine Ausland-Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gespielten Propagandaapparat zur Verfügung. Zu den Zentren dieser weitgespannten Organisation gehört unter andern das OIE (Office d'Information Espagnol) in der Avenida Don José Antonio in Madrid. Auf Dünndruckpapier läßt es Flugblätter in die Welt hinausflattern, an denen nur immer wieder die Fülle der auf dem knappen Raum von zwölf Oktavseiten angehäuften Verdrehungen und Entstellungen erstaunen macht. Doch liest man den Namen des verantwortlichen Herausgebers, so braucht auch dies nicht zu verwundern. Es ist derselbe Manuel Jimenez Quilez, der im vergangenen Jahre im Zürcher Thomas-Verlag unter dem Titel «Spanien und die UNO» eine Schrift veröffentlichte, von der an dieser Stelle gesagt wurde, daß sie ein Schulbeispiel dafür darstelle, wie heute noch mit Goebbelschen Methoden totalitäre Geschichtsschreibung getrieben werde.

Letzthin ist nun im Ähren-Verlag, Affoltern, unter dem anreizenden Titel «Spanischer Sommer» ein Buch gleicher Kategorie herausgekommen. Der Einband zeigt einen Torero, wie er den Stier zur Strecke bringt. Doch der Leser, der etwa glaubt, sein Wissen über Spanien bereichern zu können, dürfte sich um den Kaufpreis geprellt sehen. Denn das spanische Thema wird zwar, natürlich nach den Motiven der Franco-Propaganda, kurz angeschlagen, dient aber im wesentlichen nur als Ausgangspunkt für weltpolitische Phantasmagorien mit ausgesprochener Nazitendenz. In allem, was irgendwo sonst auf dem Erdenrund geschieht, sieht der Verfasser — ein Schweizer, der sich hinter dem Pseudonym *Severin Reinhart* verbirgt — als gelehriger Schüler des mythischen Giftmischers Rosenberg nur die Hand Rußlands und der jüdischen Hochfinanz Amerikas. Und doch scheint es eben nicht ganz zufällig, daß das Pamphlet sich in eine spanische Tarnung hüllt. Der Autor war, wie einige Abschnitte zu Anfang und zum Schluß verraten, tatsächlich kurze Zeit in Spanien. Dort hat er sich offenkundig im Madrider Hauptquartier des Faschismus mit den nötigen Informationen und Instruktionen versorgen lassen.

Es sieht fast so aus, als sei das deutschsprachige Gebiet der Schweiz von der neu-faschistischen Bewegung zum Freihafen einer gegen den Geist der Demokratie gerichteten Literatur ausersehen, die vorläufig im benachbarten Deutschland noch nicht wieder gedruckt werden darf.

Kleine Ausland-Nachrichten

Zur Agrarreform in der Sowjetzone

Die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft in der Deutschen Wirtschaftskommission — sie entspricht in der Ostzone dem Deutschen Wirtschaftsrat und seinen Unterabteilungen in Frankfurt a. Main — hat über die Durchführung der Bodenreform im sowjetisch besetzten Ostdeutschland interessante Materialien herausgegeben. Danach sind von der sogenannten Hauptverwaltung in den drei Jahren des Besetzungsregimes rund 2,1 Millionen Hektaren Bodenfläche an 528 572 Landbewerber mit einem Familienstand von 1,87 Millionen Personen verteilt worden. Für agrarwissenschaftliche Forschungs- und Zuchtarbeiten wurden an Landesregierungen oder Lehr- und Versuchsanstalten über 700 000 Hektaren in 2127 Einzelobjekten vergeben; Kreise und Gemeinden erhielten für den gleichen Zweck knappe 200 000 Hektaren. Von der Roten Armee werden noch 40 000 Hektaren bewirtschaftet. Für neue oder Zusatzverteilungen verfügt der Bodenfonds noch an etwa 80 000 Hektaren.

Der Neusiedler mußte die Hektare mit 202,60 Reichsmark bezahlen, was einen außerdentlich niedrigen Landpreis darstellt. Die Bodenverteilung an Neusiedler repräsentiert die Gesamtsumme von 344 Millionen Mark, abzugelten von diesen in zwanzig Jahresraten. An sogenannten Bodenzulagen kommen noch 83 Millionen Mark hinzu. Bis zur Währungsreform waren bereits fast 126 Millionen Mark zurückbezahlt. An allgemeinen

Krediten wurden bis zur Währungsreform an Neusiedler 414 Millionen Mark gegeben plus 165 Millionen Mark Wirtschaftskredite, so daß die gesamte Kreditgewährung an Neusiedler fast 580 Millionen Mark ausmacht.

Beunruhigt ist die Bauernschaft der Ostzone durch eine unlängst erfolgte Ankündigung in der «Märkischen Union», die eine vom Kreisverbandsvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in Perleberg angezeigte «grundlegende Neuauflistung der Agrarflächen in der Sowjetzone» betrifft. Der Plan hierfür liegt bei der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Wirtschaftskommission bereit. Verfügt ist schon, daß Großbauern mit einem Grundbesitz von 50 bis 99 Hektaren weder Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei noch Vorstandsmitglieder des Verbandes gegenseitiger Bauernhilfe sein dürfen.

Oswald Zienau.

Antwort an Churchill

Winston Churchill hat die Forderung aufgestellt, daß England seine Streitkräfte auf 1,5 Millionen Mann erhöhen solle.

Die Wochenschrift *«The New Statesman and Nation»* antwortet ihm darauf in ihrer Nummer vom 16. Oktober 1948 wie folgt:

«Bewaffnete Macht kann letzten Endes wohl einen Krieg gewinnen, aber sie stellt keinerlei Verteidigungsmittel gegen den Kommunismus dar. Die Gefahr besteht heutzutage nicht darin, daß die Rote Armee plötzlich marschieren könnte — warum in aller Welt sollte sie es tun? —, sondern darin, daß Westeuropa und Südostasien ein Opfer des Kommunismus werden, ohne daß die Russen einen einzigen Soldaten in Bewegung setzen. Nicht die Rote Armee, sondern soziale Zersetzung und ökonomische Krise haben bewirkt, daß in Italien die stärkste kommunistische Partei der Welt außerhalb Rußlands entstanden ist und daß die französischen Gewerkschaften in die Hände von Thorez und Duclos geraten sind. Würde England seine Streitkräfte auf 1,5 Millionen Mann erhöhen und so alle Chancen der Überbrückung der Kluft und der Wiederherstellung des Wirtschaftslebens verscherzen, so würde es damit nur die britische Kommunistische Partei über den jetzigen Bestand ihrer 100 000 Anhänger zum Rang einer Massenpartei nach französischem oder italienischem Muster erheben... Wir erkennen, daß der Kommunismus nicht mit Atombomben bekämpft werden kann, sondern nur durch sozialen Wiederaufbau.»

Hinweise auf neue Bücher

Erich Eyck : Das persönliche Regiment Wilhelms II. 814 Seiten. Eugen-Rentsch-Verlag, Erlenbach-Zürich 1948.

Dieses Buch bildet die Fortsetzung der von uns in dieser Zeitschrift ausführlich besprochenen Bismarck-Biographie Eycks («Rote Revue» 1946, Hefte 1–3, «Das Zweite und das Dritte Reich»). Es besitzt dieselben Vorzüge wie das frühere Werk; es ist sorgfältig auf Grund des Urmaterials gearbeitet und trotz seinem Umfang außerordentlich gut lesbar. Es besitzt aber darüber hinaus noch einen weiteren Vorzug, dessen sich die wenigsten deutschen Geschichtswerke rühmen können: sein Autor besitzt seinen eigenen Standpunkt und hat den Mut, ihn konsequent zu vertreten.

Eyck ist ein Liberaler und hat schon in seiner Bismarck-Biographie Grund genug zur Kritik an dem Werk des sonst von den deutschen Historikern nahezu uneingeschränkt bewunderten Heros gefunden. Um wieviel mehr Anlaß zur Kritik bieten ihm die Taten der leitenden Staatsmänner nach Bismarck, unter denen er mit vollem Recht Wilhelm II. an erste Stelle setzt. Denn dieser war tatsächlich das Kraftzentrum, von dem die Anstöße für die Gestaltung der deutschen Politik ausgingen, und er war der einzige, der von Bismarcks Sturz bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges ununterbrochen an leitender Stelle stand, während sein System sonst die Staatsmänner in geradezu erschreckender Weise wechselte und verbrauchte. Es wäre jedoch falsch, ihn deswegen als ruhenden Pol